

SWR2 Glauben

AUF DER SUCHE NACH DEM KÖNIGSWEG

DIE SCHWIERIGKEITEN MIT DEM ISLAMISCHEN
RELIGIONSUNTERRICHT
VON ULRICH PICK

SENDUNG 9.6.2019 / 12.05 UHR

Redaktion Religion, Migration und Gesellschaft

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR

SWR2 Glauben können Sie auch als Live-Stream hören im SWR2 Webradio unter www.swr2.de oder als Podcast nachhören:

<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/glauben.xml>

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen.

Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert.

Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Take 1: Klassenatmo – Begrüßung

Freitagvormittag in der dritten Klasse der Goethe-Schule im Wiesbadener Stadtteil Biebrich. Zehn Kinder aus fünf verschiedenen Ländern haben sich hier zum islamischen Religionsunterricht zusammengefunden. Das Fach gibt es im Bundesland Hessen seit dem Sommer 2013. In den ersten Jahren nach seiner Einführung galt es als etwas ausgesprochen Exotisches. Mittlerweile aber hat sich der Rummel gelegt, erklärt Lehrerin Anja Bendix:

Take 2: Am Anfang ... die Ersten waren sehr stolz: ‚Ah, wir haben jetzt Islam!‘ Das war etwas ganz Besonderes. Und das ist jetzt inzwischen hier ein Fach wie jedes andere. Das finde ich hier an der Schule sehr schön. Ich würde mir wünschen, dass das überall so wäre, dass das ein normales Fach ist. Und nicht immer noch so diskutiert wird.

Für Anja Bendix bietet der islamische Religionsunterricht vor allem die Chance, dass muslimische Kinder eine umfassende religiöse Bildung bekommen. Denn die Voraussetzungen, die sie von ihren Elternhäusern mitbekämen, sagt sie, seien oft dürftig und einseitig.

Take 3: Ja, die Chance ist, dass die Schüler von diesem Halbwissen, diesem ungefähren Wissen wegkommen und fundiertes Wissen erlangen. Dass sie vor allen Dingen die Religionsmündigkeit erlangen. Und irgendwann mal wirklich für sich persönlich in der Lage sind zu entsprechen, ob und wie sie ihre Religion leben. Und ich denke, dass Schüler, die ein Wissen haben, auch in der Persönlichkeit gestärkt sind und dann nicht so leicht auf Irrwege geraten und einem falschen Glauben folgen können.

Klassenatmo + Schülerstimme

Dass das Fach für die Schülerinnen und Schüler wichtig ist und ihre Integration in die hiesige Gesellschaft unterstützen kann, gilt unter Fachleuten als weitgehend unbestritten. So weist die Koordinatorin für den islamischen Religionsunterricht im hessischen Kultusministerium, Nurgül Altuntas, daraufhin, dass die muslimischen Kinder hier oft zum ersten Mal die Zusammenhänge und Hintergründe ihres Glaubens kennenlernen.

Take 4: Es ist eine reflektierte religiöse Bildung der muslimischen Schülerinnen und Schüler. Dass sie ganz genau sagen können: Das ist der politische Islam. Das ist der Islam, den wir ausüben zuhause. Und das ist der Islam, den die Gesellschaft in verschiedenen Facetten, in verschiedenen Formen ausübt. Weil, es gibt nicht den einen Islam.

Ähnlich äußert sich Musa Bagrac, der Vorsitzende des Verbandes der Islamlehrer und -lehrerinnen. Für ihn ist der Unterricht eine ebenso wichtige wie notwendige Ergänzung zum religiösen Leben in den Moscheen. Denn dort, so sagt er, lernten die Kinder zwar die rituelle Seite ihres Glaubens kennen, das eigenständige religiöse Denken und Argumentieren aber würde so gut wie gar nicht gefördert. Und genau dies sei die zentrale Aufgabe des Islamunterrichts in der Schule.

Take 5: Darin sollen Schüler lernen, verantwortlich mit ihrem Glauben umzugehen und auch mit anderen Lebensweisen, Weltanschauungen und Religionen. So lernen Schüler nicht nur die Vielfältigkeit des eigenen Glaubens kennen, sondern auch mit dieser Vielfältigkeit umgehen. Und wenn sie das einmal gelernt haben, sind sie dann auch eher bereit, mit der Vielfalt der anderen Religionen und Weltanschauungen klarer umzugehen.

Der Religionsunterricht für muslimische Schülerinnen und Schüler, den das Bundesland Hessen zurzeit anbietet, nennt sich „bekenntnisorientiert“. Er hat damit denselben Status und dieselben Rahmenbedingungen wie der Religionsunterricht für evangelische und katholische Schulkinder. Seine rechtliche Grundlage findet sich im Grundgesetz – und zwar in Artikel sieben, Absatz drei. Dort heißt es:

Take 6: Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen ... ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.

Da der Staat selber weltanschaulich neutral ist und theologisch nicht kompetent, braucht er für die inhaltlichen Fragen des Religionsunterrichts Ansprech- und Kooperationspartner in Form der Religionsgemeinschaften. Auf christlicher Seite sind dies die evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümer. Sie erteilen den Religionslehrerinnen und -lehrern, die in ihrem Namen unterrichten,

auch die jeweilige kirchliche Unterrichtserlaubnis. Wer diesen Part auf islamischer Seite übernehmen kann und soll, ist umstritten. Bisher nämlich gibt es dort kaum offiziell von den Bundesländern anerkannte Religionsgemeinschaften. Denn die Kriterien, die eine Religionsgemeinschaft ausmachen, greifen hier nur bedingt – erläutert Georg Wenz, der Islambeauftragte und stellvertretende Akademiedirektor der evangelischen Kirche der Pfalz:

Take 7: Eine Religionsgemeinschaft muss eine gewisse Zeit schon existieren. Das tut der Islam. Es muss absehbar sein, dass durch die Mitgliederanzahl auch noch eine gewisse weitere Phase diese Religion existiert. Das dürfte beim Islam auch der Fall sein. Allerdings ist die Frage der Verfasstheit, also, wie kann eine Religion, die sehr den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt wie der Islam eine Organisationsform kreieren, die dann dem deutschen Religionsrecht gerecht wird.

Musik

Obgleich es in kaum einem Bundesland eine offiziell anerkannte islamische Religionsgemeinschaft gibt, haben sich in den vergangenen Jahren die großen islamischen Verbände – also DITIB, der Zentralrat der Muslime, der Islamrat und der Verband der islamischen Kulturzentren – stets selbst so bezeichnet. So betont Zekeriya Altug, der Außenbeauftragte der DITIB:

Take 8: Wenn eine Religionsgemeinschaft sich so tituliert, sich so aufstellt, und vom Selbstverständnis her eine Religionsgemeinschaft ist, dann ist sie auch als eine solche anzusehen. Der Staat bescheidet nur in dem Bereich, wo er mit dieser Religionsgemeinschaft zusammenarbeiten soll, ob er diese auch als Partner für sich sieht.

Dennoch ist es umstritten, ob die islamischen Verbände wirklich Religionsgemeinschaften sind. Denn es ist ungeklärt, für wen sie eigentlich sprechen. Betrachtet man die Zahl ihrer Mitglieder, repräsentieren sie maximal ein Viertel der in Deutschland lebenden Muslime. Dennoch behaupten sie, für die Mehrheit zu sprechen. Ihr Argument hierfür lautet, dass - auch wenn oft nur der Vater einer Familie eingetragenes Mitglied sei – eigentlich alle Familienangehörigen mitzuzählen seien. Der Göttinger Verfassungsrechtler Hans Michael Heinig hält das für problematisch:

Take 9: Was man aber braucht, ist, eine Vereinigung von Gläubigen zur allseitigen Religionspflege, in der dann auch erkennbar ist, wer gehört dazu, wer gehört nicht dazu. Das heißt eben: Das Familienoberhaupt kann nicht den ganzen Stamm einer Religionsgemeinschaft zugehörig erklären. Das geht mit unseren Rechtsprinzipien eben nicht. Und wir brauchen hinreichende Klarheit, dass für den Staat als Gegenüber klar ist, wer spricht für wen mit hinreichender Beglaubigung. Und darin sehen Staat und staatliche Gerichte bei einigen Verbänden Probleme.

Probleme mit den Verbänden - und zwar mit Blick auf den Islamunterricht - sieht man zudem auch in einigen Kultus- und Schulministerien. So betont Michael Hermann, der Leiter des Bereichs Religionsangelegenheiten im baden-württembergischen Kultusministerium:

Take 10: Also religionssoziologisch sind das Religionsgemeinschaften, im religions-verfassungsrechtlichen Sinne sind es keine anerkannten Religionsgemeinschaften. Sie erfüllen unserer Auffassung nach die Voraussetzungen hierfür nicht. Und es ist auch nicht abzusehen, dass sie diese Voraussetzung nun in Kürze erfüllen würden.

Es herrscht also eine große Diskrepanz zwischen der Eigeneinschätzung der Verbände und ihrem Status in der Öffentlichkeit. Denn auch Musa Bagrac, der Vorsitzende des Verbandes der Islamlehrer und -lehrerinnen erklärt:

Take 11: Bei keinem dieser Verbände - egal, ob konservativ oder liberal - handelt es sich um eine rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes. Das ist das jetzige Problem, wovor wir stehen. Wenn wir aber den islamischen Religionsunterricht an Schulen voranbringen wollen, dann brauchen wir dafür eine islamische Religionsgemeinde, die hier in Deutschland beheimatet ist.

Problematisch ist an den islamischen Verbänden vor allem, dass die meisten von ihnen sowohl den Großteil ihres Geldes als auch ihre Imame aus dem Ausland bekommen. Das lässt immer wieder Zweifel aufkommen, ob sie sich wirklich mit Deutschland und dem Grundgesetz identifizieren:

Take 12: Wenn islamische Verbände Geld und Personal aus dem Ausland bekommen, dann sind sie auch offen für ausländische Einflüsse. Es heißt ja auch so schön: ‚Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing.‘ Und wenn wir als hiesige Gesellschaft einen islamischen Religionsunterricht für junge Muslime in Deutschland haben wollen, der auch noch ihre Beheimatung hier in Deutschland stärken soll, dann wird man auch verständlicherweise von islamischen Verbänden erwarten dürfen, dass sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes aufhalten und Deutschland-orientiert handeln. Und nicht im Auftrag eines ausländischen Landes.

Dass sie in den meisten Bundesländern bislang nicht als offizielle Religionsgemeinschaft anerkannt sind, ärgert die islamischen Verbände. Deshalb erheben sie – mit Blick auf den Religionsunterricht und seine rechtlichen Rahmenbedingungen – immer wieder den Vorwurf, die Politik fordere vom Islam in Deutschland eine Art Verkirchlichung. Das sei aber nicht möglich, da man ganz andere Strukturen habe als die christlichen Religionsgemeinschaften. Bekim Agai, Professor für islamische Theologie an der Uni Frankfurt, kann diese Argumentation durchaus nachempfinden.

Take 13: Die Frage ist: Geben Muslime bestimmte Formen ihrer Selbstorganisation auf und gehen in organisatorische Strukturen, die viel eindeutiger, aber damit auch viel hierarchischer sind. Und das Andere ist natürlich ein bisschen die Frage: Müssen wir uns dann auch gesellschaftlich so aufstellen wie Kirchen. Und entspricht das unserem Selbstverständnis. Und das ist eine offene Frage.

Gleichwohl ist es ungeklärt, wer auf islamischer Seite verantwortlich zeichnen kann, wenn es darum geht, Inhalte und Struktur eines Islamunterrichts auszuloten. Deshalb betont Georg Wenz von der evangelischen Akademie der Pfalz:

Take 14: Es ist - aus staatlicher Sicht - wünschenswert, dass eine bestimmte Organisationsform vorhanden ist. Also ein klar definierter Ansprechpartner da ist, der für die Belange einer Religion sprechen kann. Und dann auch verantwortlich gemacht werden kann, und zuständig ist für die Verhandlungen.

Musik

Auch wenn es bereits in verschiedenen Bundesländern Islamunterricht gibt, das bislang einzige Bundesland, das einen wirklichen islamischen Religionsunterricht nach Vorgabe des Grundgesetzes - und somit ein Pendant zum evangelischen und katholischen Religionsunterricht - durchführt, ist Hessen. Als Ansprechpartner hierfür hat die Landesregierung in Wiesbaden offiziell zwei islamische Verbände als Religionsgemeinschaft anerkannt. Diese erteilen den Lehrkräften auch die religiöse Unterrichtserlaubnis, die Idschaza. Bei den beiden Verbänden handelt es sich zum einen um die Ditib, also den deutschen Arm des türkischen Religionsamtes Diyanet. Zum anderen ist es die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat, eine kleine islamische Gemeinschaft pakistanischer Herkunft. Während die Zusammenarbeit mit der Ahmadiyya seit der Einführung des Fachs im Jahr 2013 weitgehend unproblematisch verläuft, ist die Zusammenarbeit mit Ditib ins Stocken geraten. Dies liegt vor allem am starken politischen Einfluss, den die türkische Regierung auf den Verband ausübt, erläutert Susanne Schröter die Direktorin des Forschungszentrums „Globaler Islam“ an der Uni Frankfurt:

Take 15: Die Ditib hat sich unter Erdogan ganz stark zu einem Instrument, einem politischen Instrument der türkischen Regierung entwickelt. Wenn Sie in die Satzung schauen, dann sehen Sie, dass Diyanet-Funktionäre in allen wichtigen Gremien eine erschlagende Präsenz haben, so dass keinerlei Entscheidung getroffen werden kann, die Diyanet nicht gefällt. Dazu kommt die bekannte finanzielle Abhängigkeit. Und wir sehen es auch ideologisch: Wichtige Themen, die der türkischen Regierung jetzt am Herzen liegen, die finden Sie auch immer wieder als Themen der Freitagspredigten.

Zudem habe der Verband noch Anfang des Jahres bei einer internationalen Islamkonferenz, die er zusammen mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet ausrichtete, zu verstehen gegeben, wie er zu Kooperationen mit anderen stehe – erklärt Georg Wenz von der evangelischen Akademie der Pfalz:

Take 16: Es wurde ein Dokument verabschiedet, das ganz eindeutig formuliert, dass man sich allgemeinen Integrationsprojekten nicht mehr anschließen möchte, sondern einen eigenen islamischen Beitrag in die

Gesellschaft hineinbringen möchte. Da muss man jetzt mit Ditib ins Gespräch kommen, was sie darunter versteht.

Dass die Türkei für die inhaltliche Ausrichtung von Ditib wichtiger sei als Deutschland, verneint der Islamverband. Gleichwohl sagt sein Außenbeauftragter, Zekeriya Altug:

Take 17: Wir haben eine religiöse Zusammenarbeit mit der Diyanet. Sie ist sogar unsere theologische Referenz.

Und ergänzt mit Blick auf den Vorwurf, die Ditib habe auch politische Verbindungen nach Ankara:

Take 18: Dass alle Untersuchungen, die über Ditib bisher gelaufen sind, dort tatsächlich keine politische Einflussnahme direkter Art sehen.

Dennoch ist die hessische Landesregierung skeptisch. Denn sie möchte nicht, dass der umstrittene türkische Präsident Erdogan sozusagen in ihre Klassenzimmer hineinregiert. Daher hat sie die Ditib aufgefordert, sich neu auszurichten. Falls der hessische Landesverband künftig nicht autonom handle – also ohne politische und finanzielle Abhängigkeit von der Türkei – könne der Islamunterricht in seiner jetzigen Form nicht weiterexistieren, unterstreicht Nurgün Altuntas, die Koordinatorin für den islamischen Religionsunterricht.

Take 19: Wir wünschen uns von Ditib erstens, dass die Satzungsänderung vorgenommen wird in Bezug auf die Unabhängigkeit von der türkischen Religionsbehörde, zweitens, dass professionelle Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden und drittens ein Mitgliedsregister vorhanden ist.

Ob die Ditib den Forderungen der hessischen Landesregierung nachkommt, ist momentan noch offen. Das Wiesbadener Kultusministerium jedenfalls will bis zum Ende dieses Jahres bekanntgeben, ob das bisherige Modell weiterlaufen kann oder nicht. Für alle Fälle aber, so der stellvertretende Pressesprecher Philipp Bender, arbeite man bereits an einem Plan B:

Take 20: Wir sind verhaltensskeptisch, ob Ditib dieser Partner noch sein kann. Wir wollen aber auch keine voreiligen Urteile jetzt an dieser Stelle fällen. Aber wir wollen auf jeden Fall uns anschauen, ob eine alternative Unterrichtsform funktionieren kann. Deswegen testen wir es

an einigen Schulen. Und das kann dann auch der Unterricht sein, der dann im darauffolgenden Schuljahr 2020/21 den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit Ditib ersetzt.

Das neue Modell wäre dann kein bekenntnisorientierter Unterricht, bei dem sich Staat und Religionsgemeinschaften ergänzen, sondern ein religionskundlicher, der allein in der Hand des Kultusministeriums liegt. Damit würde der Großteil des Islamunterrichts in Hessen – gemessen am Grundgesetz-Artikel sieben, Absatz drei – lediglich den Charakter eines Provisoriums bekommen. Solche Provisorien gibt es auch in anderen Bundesländern. So wurde in Nordrhein-Westfalen ein Unterricht eingerichtet, bei dem die islamische Seite durch einen sogenannten Beirat vertreten wird, erklärt Schulministerin Yvonne Gebauer:

Take 21: Das momentane Modell ist auch ein Übergangsmodell. Der Beirat übernimmt sozusagen diese Aufgaben, die eine Religionsgemeinschaft zu erfüllen hat. Und der besteht aus vier Personen aus dem Bereich, die benannt werden, von den Verbänden. Und aus vier Personen, die das Land entsprechend benannt hat. Und dieser Beirat erteilt dann die Idschaza, die dann befähigt unsere Schülerinnen und Schüler in Sachen Religionsunterricht zu unterrichten.

Nach allem, was bislang bekannt ist, läuft der Islamunterricht nach dem Beiratsmodell ohne große Schwierigkeiten. Ein anderes Modell soll im kommenden Schuljahr in Baden-Württemberg anlaufen. Es ist das sogenannte Stiftungsmodell, bei dem eine öffentliche Stiftung die Position der islamischen Religionsgemeinschaften übernehmen soll – erklärt Michael Hermann, der Leiter des Bereichs Religionsangelegenheiten im Kultusministerium:

Take 22: Es handelt sich also um eine Stiftung des öffentlichen Rechts. In dieser Stiftung gibt es zwei Organe: Einen Vorstand und eine Schiedskommission. Der Vorstand ist durch fünf muslimische Expertinnen und Experten besetzt, die durch die Verbände im Zusammenwirken mit dem Land benannt werden. Dieser Vorstand ist für alle Fragen der fachlichen Schulaufsicht zuständig. Die von den Entscheidungen Betroffenen haben die Möglichkeit eine innere, interne Gerichtsbarkeit anzurufen. Das ist die Schiedskommission, die aus drei besonders ausgewiesenen muslimischen Experten bestehen wird.

Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Nordrhein-Westfalen gibt es allerdings ebenfalls Schwierigkeiten mit der Ditib. So hat es der islamische Verband in Stuttgart abgelehnt, bei der Besetzung des Stiftungsrates mitzumachen – mutmaßlich, weil man hier zu wenig eigene Gestaltungsmöglichkeit sieht. In Düsseldorf hat die Ditib ihren Sitz

im Beirat ruhen lassen. Hintergrund sind hier Streitigkeiten mit der Landesregierung wegen der Abhängigkeit des Landesverbandes von der Türkei, erläutert Schulministerin Yvonne Gebauer:

Take 23: Ja, das heißt, dass wir sehr intensive Gespräche hier im Haus geführt haben und unsere Vorstellungen, wie eine Zusammenarbeit künftig aussehen kann, der Ditib deutlich gemacht haben. Und wir daraufhin auch gesagt haben, dass sie hier entsprechend ihre Landessatzungen ändern muss. Sie sind dabei ihre Bezirkssatzungen hier in Nordrhein-Westfalen zu ändern. Da sind schon Maßnahmen vorgenommen worden. Jetzt kommt es noch darauf an, dass der letzte entscheidende Schritt getan wird. Und das werden wir sehen, ob tatsächlich die Ditib hier in Nordrhein-Westfalen - das ist ja auch immer landesabhängig - zu dem entscheidenden Schritt auch bereit ist.

Musik

Ob sich die Spannungen mit der Ditib in absehbarer Zeit aus der Welt schaffen lassen, ist ungewiss. Denn die Forderungen der Kultus- bzw. Schulministerien auf der einen sowie des Islamverbandes auf der anderen Seite klaffen erheblich auseinander. Dies wird deutlich, wenn Zekeriya Altug, der Außenbeauftragte der Ditib, sagt:

Take 24: Unstrittig ist bei allen, dass die Ditib mittlerweile eine deutsche Religionsgemeinschaft, also eine Organisation in, aus und für Deutschland ist. Unstrittig ist auch, dass Ditib auf absehbare Zeit - und zwar noch eine sehr lange Zeit - auf die Zusammenarbeit mit der Diyanet angewiesen sein wird, weil wir die Strukturen und die Expertisen, die dort bestehen, in Deutschland noch aufbauen müssen. Und das wird noch Jahre und in einigen Bereichen Jahrzehnte brauchen. Und das schaffen wir bisher sehr gut.

Gleichwohl dürfte es schwierig sein, die Ditib auf Dauer unberücksichtigt zu lassen. Denn sie betreibt über 900 der insgesamt 2600 Moscheen in Deutschland und ist somit der mit Abstand größte Verband innerhalb der islamischen Community. Das dürfte auch einen Einfluss auf ihre Rolle beim Islamunterricht haben. Andererseits aber scheint es für die meisten Muslime in Deutschland kaum eine Rolle zu spielen, welcher Verband – oder im Idealfall: welche Religionsgemeinschaft – Ansprechpartner beim Islamunterricht ist. Das ist die Erfahrung von Musa Bagrac, dem Vorsitzenden des Verbandes der Islamlehrer und -lehrerinnen:

Take 25: Die Eltern gehen zwar in die - sagen wir mal - Ditib-Moschee, Islamrat-Moschee, Milli-Görüs-Moschee und so weiter und sofort, aber letztendlich spielt das auf den islamischen Religionsunterricht bezogen überhaupt keine Rolle.

Mittelfristig dürfte es deshalb für die islamischen Verbände – also für Ditib, den Islamrat, den Zentralrat der Muslime oder den Verband der islamischen Kulturzentren – von Vorteil sein, wenn sie sich bei der Organisation des islamischen Religionsunterrichtes zusammenschließen. Denn dadurch könnten sie ihrer Rolle als Ansprechpartner der Landesregierungen deutlich mehr Gewicht verleihen. Zudem macht es wenig Sinn, wenn künftig Islamunterricht von mehreren Verbänden parallel angeboten würde - zumal den Organisationen hierfür das nötige Personal fehlen dürfte. Deshalb sagt Georg Wenz von der Evangelischen Akademie der Pfalz:

Take 26: Ich glaube, dass es notwendig ist, dass der innerislamische Diskurs endlich gefördert wird. Es gibt viel zu wenig Räume, in denen die unterschiedlichen Interessenslagen auf islamischer Seite in einen Austausch oder auch in einen Diskurs treten können. Und es wäre, glaube ich, politisch zu überlegen, ob man ein innerislamisches Gespräch auch fördern kann.

Momentan jedenfalls agieren die meisten islamischen Verbände noch weitgehend alleine. So haben beispielsweise in Nordrhein-Westfalen sowohl der Islamrat als auch der Zentralrat der Muslime auf ihre Anerkennung als Religionsgemeinschaft juristisch geklagt, und in Kürze steht die letztinstanzliche Entscheidung vom Oberverwaltungsgericht in Münster an. - Schaut man in die Zukunft, so dürfte wohl noch ein langer und mitunter beschwerlicher Weg beschritten werden, bis das Fach Islam als bekenntnisorientierter Religionsunterricht standardmäßig angeboten werden kann. Kein Wunder, dass der Göttinger Staatsrechtler Hans Michael Heinig feststellt:

Take 27: Also zum einen brauchen wir schon nochmal eine Weiterentwicklung der muslimischen Organisationsstruktur. Es ist eine Bringschuld der Gläubigen, sich so zu organisieren, dass sie den legitimsäkularen Anforderungen des Verfassungsstaates genügen. Und zum anderen brauchen wir ein wenig Good-will und auch Experimentierbereitschaft auf Seiten des Staates. Und wenn das zusammenkommt, dann sehe ich ganz gute Grundlagen, die vorhandenen Strukturen, die es ja gibt, weiter auszubauen, um eine bedarfsgerechte Entwicklung des islamischen Religionsunterrichts hinzubekommen.

Bekim Agai, Professor für Islamische Theologie in Frankfurt, sieht es ähnlich. Ohne den wirklichen Willen, einen Konsens zu finden, sagt er, wird sich in Sachen Islamunterricht vorerst nicht viel bewegen:

Take 28: Also an zwei Enden muss sich das aufeinander zu bewegen. Man kann Muslime nicht in zu starre Formen pressen, aber Muslime können eben auch nicht auf immer sagen: Ja, wir sind ebenso ganz anders. Wir wissen aber auch nicht, wie wir damit umgehen, wenn wir sagen, wir wollen einen mehrheitsfähigen Islamunterricht haben. Ich glaube, dass es hier eine Anpassung auf beiden Seiten gibt. Die religiöse Landschaft in Deutschland wird in den nächsten zwanzig Jahren sicherlich noch komplexer werden, als sie jetzt ohnehin schon ist.

Es heißt also: Geduld haben mit der Integration des Islam ins Religionsverfassungsrecht und somit in den standardisierten Fächerkanon der deutschen Schulen. Folglich resümiert Hans Michael Heinig:

Take 29: Wir werden 20 bis 30 Jahre Krampf und Kampf vor uns haben auf diesem Feld. Mit kleinen Fortschritten und Rückschlägen. Das ist zu erwarten. Eine größere Dynamik wird es nach meiner Wahrnehmung erst geben, wenn wir eine andere Generation von Verbandsfunktionären haben und auch noch mal eine andere Bereitschaft im Politischen, auf staatlicher Seite neue Dynamiken zu entfalten. Beides ist im Moment nicht abzusehen.